

Sozialdemokratische Partei
Bezirk: Hessen-Süd
Abt. Politik

Frankfurt/Main, 3. Juli 1953
Bockenheimer Anlage 3
Tel.: 58945 - 56
I/Sch/By-Nr. 72

An die Mitglieder des Bezirksbeirates!

Geehrte Genossen!

Anhängend erhalten Sie einen Bericht über die Sitzung des Parteivorstandes [der SPD, d. Hg.] vom 29. Juni 1953 betreffend die Beurteilung der Ereignisse vom 16. bis 18. Juni. Der Bericht dient zur Orientierung und kann für Referate benutzt werden.

Mit bestem Parteigruß
Schaub

Anlage.

Vertraulich!

Die Beurteilung der Ereignisse vom 16. bis 18. Juni in der Sitzung des Parteivorstandes vom 29. Juni 1953.

1. Die Bedeutung der Vorgänge in Mitteldeutschland wurde merkwürdigerweise von einem großen Teil der ausländischen Öffentlichkeit besser verstanden, als von dem Durchschnitt der westdeutschen Bevölkerung. Als Beispiel wurde angeführt, daß das Zentralorgan der holländischen Partei der Arbeit eine ganze Woche lang seitenlange Sonderberichte veröffentlichte und außerdem eine illustrierte Extraausgabe herausgab. Radio Hilversum räumte der Berichterstattung ebenfalls einen breiten Raum ein.
2. Was ist die Ursache, daß in weiten Bevölkerungskreisen Westdeutschlands und Berlin die Sowjetzone mehr als „Ausland“ betrachtet werden, als etwa in Holland oder in USA? Es wurden in der Aussprache drei Hauptbegründungen gegeben und zwar
 - a) das Überraschungsmoment; in Westdeutschland glaubte man bis zum 16. Juni, daß gegen eine Diktatur spontane Widerstandsregungen unmöglich sind. –
 - b) die schlechte Berichterstattung der bonn-hörigen Presse; es wurde als Beispiel angeführt, daß eine Solidaritätskundgebung von 15.000 Arbeitern in Ludwigshafen von der dortigen überparteilichen Lizenzpresse nur im Lokalteil erwähnt, aber in der Provinzausgabe totgeschwiegen wurde. –
 - c) weil die Ereignisse nicht in den Festkalender hineinpaßten. Die Veranstalter der vielen kleinen Vereins- und Ortsfeste wollen ihr Programm nicht gestört sehen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

3. Wenn man auch der von Bonn aus jahrelang geförderten einseitigen Blickrichtung nach dem Westen ein gerüttelt Maß von Schuld für die Herzensträgheit großer Bevölkerungsteile zumessen muß, bleibt dennoch das faktische Ausbleiben von spontanen Solidaritätsaktionen der westdeutschen Arbeiterschaft ein ernstes Symptom. Es muß klargestellt werden, ob die Entpolitisierung der Gewerkschaftsarbeit daran schuld ist oder ob der Ungeist der „Normalisierung“ auch die einzelnen Arbeiter erfaßt hat. Früher war es selbstverständlich, daß man auf die Straße gehen müsse, wenn anderswo auf Arbeiter geschossen wurde. Wenn man auch diese Einstellung bei der heutigen Generation nicht allgemein voraussetzen darf, so bleibt doch das Faktum übrig, daß sich die westdeutsche Arbeiterschaft dieselbe Aktionskraft in der Demokratie nicht mehr zugemutet hat, welche die mitteldeutsche Arbeiterschaft gegenüber einer Diktatur zeigte.
4. Auch Berlin war von dieser Verschiedenheit der Ost- und Westreaktionen nicht frei. Die Arbeiter eines bekannten ostzonalen Metallbetriebes marschierten auf Umwegen durch die französische Zone und zwar in der Absicht, die Westberliner bei der Demonstration mitzureißen. Die Ostberliner Arbeiter haben größtenteils den spontanen Anschluß Westberlins erwartet. Es gab Enttäuschungen. Bewerksenswert ist, daß der Geist der Arbeiterschaft im Sowjetsektor auch nach der blutigen Niederwerfung der Aktionen trotzig und zuversichtlich geblieben ist, während sich der Radikalismus mancher Westberliner nachträglich am ungeeigneten Objekt auswirkt (es wurde ein sehr bewährter Genosse als Bundestagskandidat abgelehnt, weil er Herrn Nuschke vor der Lynchung bewahrte).
5. Hauptaufgabe ist jetzt, die Ereignisse wenigstens nachträglich in der richtigen Perspektive an die westdeutsche Öffentlichkeit heranzubringen. Die kommunistische Deutung, es wären wieder „Provokateure“ am Werk gewesen, kommt der Stimmung der Nichtsolidarität entgegen und ist daher schärfstens zurückzuweisen. Mit aller Schärfe ist auch der Behauptung entgegenzutreten, die Sache sei wohl doch von den Amerikanern angezettelt worden. Klarzustellen ist, daß die Demonstranten von dem Geiste der freien deutschen Arbeiterbewegung erfüllt waren und daß die Hauptaktionen in den alten Hochburgen der SPD stattfanden. Herbert Wehner prägte die Formel: die überwiegende Form des Protestes und der Bauern ist die Flucht aus der Sowjetzone. Die Arbeiter und Angestellten haben sich hingegen für die Protestform von Streiks, Demonstrationen und Aufstandsversuchen entschieden.
6. Die politische Seite der Vorgänge wird dadurch unterstrichen, daß fast überall versucht wurde, die Gefängnisse zu stürmen. Auch die Sprechchorparolen hatten fast durchweg politischen Charakter und lassen auf eine schon länger zurückliegende geistige Aktionsbereitschaft schließen.
7. Mit den Bundesstellen der Gewerkschaften wurde vom PV [Parteivorstand, d. Hg.] sofort der Kontakt aufgenommen (in Hessen hat Genosse Zinn bei Weigand im Sinne einer Initiative interveniert). Die nach den Ereignissen erfolgte Arbeitsruhe in den Betrieben war also auch das Resultat der erfolgten Fühlungnahme. Anlässlich der internationalen Gewerkschaftstagung in Stockholm wird das Thema sehr in den Vordergrund gerückt werden, was auch der Wunsch unserer amerikanischen Freunde ist. Es ist dafür gesorgt, daß Arbeiter bzw. Gewerkschafter aus der Sowjetzone dort vertreten sein werden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

8. Es werden alle verfügbaren Hebel in Bewegung gesetzt, um die Vergeltungsmaßnahmen der Sowjetzonenmachthaber abzuschwächen. (Einer privaten Mitteilung nach ist der vielfach befürchtete Abtransport Verhafteter nach Rußland nicht erfolgt).
9. In Ostberlin ist die SPD bekanntlich legal zugelassen, wenn auch ihre Funktionäre oft verhaftet und verschleppt wurden. Aus Erleichterungen, die man den dortigen Funktionären der SPD gerade in letzter Zeit gewährte, ist zu schließen, daß in Karlshorst die Schaffung einer „Ostzonen-SPD“ erwogen wird. Die Haltung des Parteivorstandes zu solchen Lockungen ist strikt ablehnend. Ebenso werden alle direkten Annäherungsversuche sowjetischer Stellen oder ihrer Mittelsmänner zurückgewiesen werden.
10. Neben der Vertretung der bekannten innen- und außenpolitischen Forderungen zur Frage der deutschen Einheit ist es die nächste Aufgabe der SPD, die Tragweite der Juni-Ereignisse in der westdeutschen Bevölkerung zu verankern. Übereinstimmend herrschte im Parteivorstand die Auffassung, daß die Aktionen in Ostberlin und Mitteldeutschland den Charakter eines Wendepunktes in der deutschen und europäischen Nachkriegsentwicklung annehmen können. Ollenhauer hob besonders hervor, daß damit auch ein gewaltiger Schritt zum Abbau der psychologischen Hemmnisse gegen das deutsche Volk im Westen, besonders in den ehemals besetzten Ländern, getan worden ist.

2. Juli 1953.

[Quelle: AdSD, SPD-PV Ostbüro, Nr. 1677.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---